



Kassel, 20. Januar 2023 | Ausgabe Nr. 121

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

mit unserer traditionellen Jahresauf-
taktklausur sind wir als Fraktion gut
ins neue Jahr gestartet. Wir haben
über die Vorhaben der kommenden
Monate konstruktiv beraten und wich-
tige Beschlüsse auf den Weg gebracht.
Gemeinsam mit unseren Gästen ha-
ben wir zentrale Fragen unserer Zeit in
den Blick genommen: Wie können wir
Familien, Kinder und Jugendliche nach
zwei Jahren Corona-Pandemie weiter

unterstützen? Was muss passieren,
damit Planungs- und Genehmigungs-
verfahren schneller werden? Wie kann
die Industrie europaweit gestärkt und
zukunftsfähig aufgestellt werden? Und
welche Ansätze sind in der Außen- und
Sicherheitspolitik notwendig? Diese
Impulse werden wir nun gemeinsam
in die Arbeit mit unseren Koalitions-
partnern einbringen, um so weiter für
Fortschritt in unserem Land zu sorgen.

lungen kommt es nun da-rauf an, die
Wahlrechtsreform zügig umzusetzen.
Nichtstun ist keine Alternative, weil
dann 19 Wahlkreise wegfallen würden,
was sich im Übrigen auch auf den Zu-
schnitt vieler weiterer Wahlkreise aus-
wirken würde. Die Folge wären noch
größere Wahlkreise – und damit länge-
re Wege für Abgeordnete und weniger
Zeit für die Bürger*innen.

Medikamentenversorgung

Ein Thema hat besonders Eltern in den
letzten Wochen und Monaten umge-
trieben: der Mangel an bestimmten
Medikamenten wie beispielsweise
Fieber- und Hustensaft. Damit sich die
Lage kurzfristig entspannt, setzen die
Krankenkassen die sogenannten Fest-
beträge für 180 Medikamente für drei
Monate aus. Das bedeutet, dass die
Herstellenden mehr Geld für diese Ar-
zneimittel erhalten können. Zudem hat
unser Gesundheitsminister Eckpunkte
für strukturelle Verbesserungen bei
der Arzneimittelversorgung vorgelegt.
Künftig sollen Krankenkassen deutlich
höhere Kosten als heute übernehmen
können, damit sich Lieferungen nach
Deutschland mehr lohnen. Zudem soll
die Produktion von Arzneimitteln in
der EU gestärkt werden, indem zuver-
lässige europäische Hersteller bei Ver-
tragsabschluss bevorzugt werden.

Euer



Wahlrechtsreform

In den vergangenen Le-
gislaturperioden ist der
Bundestag aufgrund von
Überhang- und Ausgleichs-
mandaten auf 736 Ab-
geordnete angewachsen.
Damit ist der Bundestag
so groß wie nie zuvor. Wir
wollen das ändern und
haben uns mit unseren
Koalitionspartnern auf
einen Gesetzentwurf zur
Verkleinerung des Bundes-
tags geeinigt – ein guter
Kompromiss, durch den die
Regelgröße von 598 Abge-
ordneten künftig eingehal-
ten wird und zugleich alle
299 Wahlkreise erhalten
bleiben. Alle Parteien sind
von der Reform betroffen,
keine Partei wird einseitig
benachteiligt. Nach langen
Debatten und Verhand-



Infrastruktur

Mehr Tempo bei der Infrastruktur

In einer Welt im Umbruch braucht unser Land Zuversicht, Tatkraft und mehr Tempo in Richtung Zukunft. Wir wollen den Weg hin zur Klimaneutralität konsequent weitergehen, gute Arbeit ermöglichen, soziale Sicherheit schaffen, eine moderne Wirtschaftspolitik organisieren und nicht zuletzt das Fundament für ein gutes Leben legen. Doch vieles dauert hierzulande schlicht zu lange.

Damit die Transformation hin zu einer klimaneutralen, digitalisierten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft gelingt, muss vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Schaffung von bezahlbarem und klimafreundlichem Wohnraum und die Modernisierung unserer Infrastruktur wesentlich schneller werden.

Deshalb werden wir Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland deutlich beschleunigen. Wie? Wir vereinfachen und – wo immer es geht – verkürzen die Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Und ganz wichtig: Alles muss digital laufen! Dabei steht für uns 2023 an erster Stelle: Der Ausbau erneuerbare Energien, bessere Bahninfrastruktur, Sanierung von Autobahnbrücken, mehr bezahlbarer Wohnraum und der Breitband- und Mobilfunkausbau

Wir zünden also den Infrastruktur-Turbo. Schon diese Woche haben wir mit der Umsetzung begonnen: Im Bundestag berieten wir einen Gesetzentwurf, mit dem verwaltungsgerichtliche Verfahren zu bedeutsamen Infrastrukturvorhaben kürzer werden sollen.

2023 zünden wir den Infrastruktur-Turbo!

Wir priorisieren:

- ➔ Ausbau erneuerbare Energien
- ➔ Bessere Bahninfrastruktur und Sanierung von Autobahnbrücken
- ➔ Mehr bezahlbarer Wohnraum
- ➔ Breitband- und Mobilfunkausbau

Wir werden schneller durch:

- ➔ Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsverfahren
- ➔ Und: Alles muss digital laufen!

SPD
Fraktion im Bundestag

Verwaltungsgerichtliche Verfahren beschleunigen

Verwaltungsgerichtliche Verfahren über besonders bedeutsame Infrastrukturvorhaben dauern aufgrund ihrer Komplexität häufig besonders lange. Ihre Beschleunigung ist aber dringend notwendig, um die Energiewende voranzutreiben, also beispielsweise die erneuerbaren Energien und Stromnetze auszubauen. Auch unabhängig von der Energiewende müssen diese Gerichtsverfahren schneller werden, um unsere Verkehrsinfrastruktur erneuern zu können. Der Bundestag beriet diese

Woche deshalb in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich. Der Entwurf sieht vor, die Dauer dieser Verfahren zu Vorhaben mit einer hohen wirtschaftlichen oder infrastrukturellen Bedeutung weiter zu reduzieren. Die Rechte der Beteiligten sollen hierbei gewahrt und die Effektivität des Rechtsschutzes nicht beeinträchtigt werden. Hierfür sieht der Entwurf Sonderregelungen für Verfahren vor, für die bereits in erster Instanz die Oberverwaltungsgerichte bzw.

Verwaltungsgerichtshöfe oder das Bundesverwaltungsgericht zuständig sind.

Vorgesehen ist für solche Verfahren unter anderem ein Vorrang- und Beschleunigungsgebot, um eine bevorzugte Behandlung gegenüber anderen Verfahren zu gewährleisten. Durch die Verschärfung und Ausweitung der innerprozessualen Präklusion sollen der Prozessstoff begrenzt und die Verfahren gestrafft werden. Modifikationen im einstweiligen Rechtsschutz sollen in den genannten Verfahren dazu beitragen, dass schneller mit der

Umsetzung von Vorhaben begonnen werden kann.

Allgemein soll die Spezialisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Bereich der infrastrukturelevanten Verfahren weiter gefördert werden. Zudem werden energiewirtschaftliche Fachgesetze sowie das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz punktuell geändert, um auch an dieser Stelle verwaltungsgerichtliche Verfahren über Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen.



Nationaler Bildungsbericht 2022 der Bundesregierung

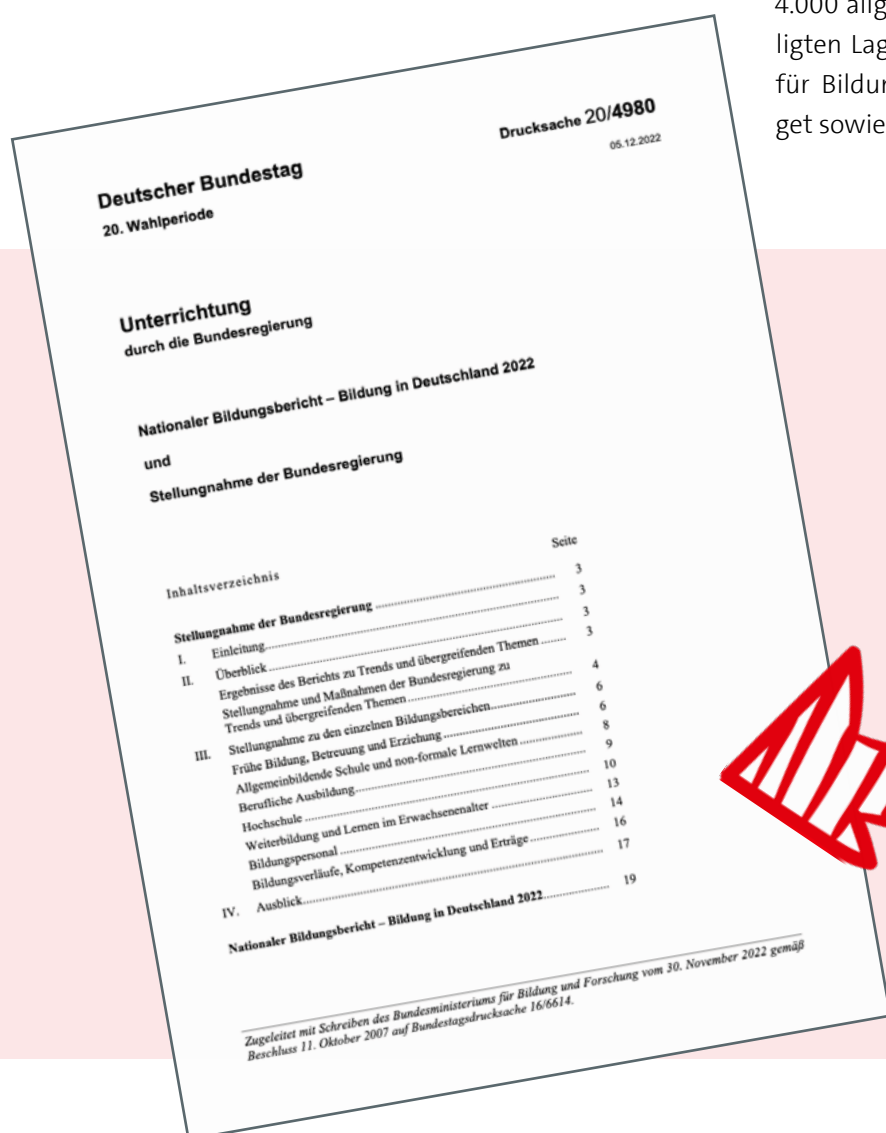
Bildung in Deutschland 2022

Alle zwei Jahre liefert der Nationale Bildungsbericht Zahlen und Entwicklungen aus allen Bildungsbereichen – von der frühen Bildung bis zur Hochschulbildung. Der Bericht wird von Wissenschaftler*innen im Auftrag von Bund und Ländern erstellt. Der aktuelle Bericht „Bildung in Deutschland 2022“ ist im Juni 2022 veröffentlicht worden. Im Fokus des Berichts steht das Thema Bildungspersonal. In dieser Woche beriet der Bundestag den Bericht und die dazugehörige Stellungnahme der Bundesregierung.

Zu den positiven Entwicklungen im Bildungssystem gehört beispielsweise, dass der Anteil von Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss in den letzten zehn Jahren um fünf Prozent auf 26 Prozent angestiegen ist. Zudem gibt es ein Fünftel mehr Beschäftigte im Bildungswesen als noch 2010, den größten Personalzuwachs gab es in Kitas (plus 75 Prozent). Auch die Betreuungsangebote für Kinder haben sich verbessert: Seit 2006 sind rund 9.400 zusätzliche Kitas entstanden. Die Bildungsausgaben sind kontinuierlich gestiegen und betragen 2020 insgesamt 241 Milliarden Euro.

Zugleich weist der Bericht auf Herausforderungen hin, etwa auf die hohe soziale Ungleichheit bei den Bildungschancen. Dem Bericht zufolge erreicht weniger als ein Drittel der Schüler*innen aus benachteiligten Lagen die Allgemeine Hochschulreife, bei Schüler*innen aus besser gestellten Elternhäusern sind es rund 80 Prozent. Darüber hinaus hat die Corona-Pandemie in den letzten beiden Jahren ihre Spuren hinterlassen.

Um die Bildungsgerechtigkeit hierzulande zu stärken, wollen Bund und Länder mit dem Startchancen-Programm 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen in benachteiligten Lagen unterstützen. Geplant sind zusätzliche Mittel für Bildungsinfrastruktur, ein selbstverwaltetes Schulbudget sowie für Schulsozialarbeit.



[Hier den ganzen Nationalen-Bildungsbericht – Bildung in Deutschland 2022 sowie die Stellungnahme der Bundesregierung lesen](#)



Fachkräftestrategie der Bundesregierung

Fachkräfte für die Zukunft sichern

Deutschland braucht viele und gut qualifizierte Fachkräfte. Nur so können wir Wohlstand für alle schaffen und auch sichern, nur so werden auch unsere sozialen Sicherungssysteme nachhaltig funktionieren. Die Fachkräftesicherung steht dabei vor großen Herausforderungen. Denn die Digitalisierung und der demografische Wandel verändern zunehmend den Wirtschaftsstandort Deutschland: Während es durch den beschleunigten Strukturwandel in einigen Branchen und Regionen Deutschlands zum Abbau von Arbeitsplätzen kommt, werden andernorts dringend Fachkräfte gesucht, teilweise mit gänzlich neuen Qualifikationen. Dieses Fachkräfteparadox wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen – und das in einer immer älter werdenden Gesellschaft.

Damit unsere Wirtschaftsleistung durch den Fachkräftemangel nicht weiter ausgebremst wird, müssen wir alle Möglichkeiten zu dessen Bekämpfung nutzen. Vor allem gilt es, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, um die Innovations- und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hierzulande zu stärken.

Deshalb hat die Bundesregierung im Oktober eine Fachkräftestrategie auf den Weg gebracht, die in dieser Woche im Bundestag beraten wurde. Die Fachkräftestrategie setzt einen unterstützenden Rahmen, zeigt Handlungsfelder auf und gibt Impulse zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften. Die Bundesregierung bekennt sich zudem zu einer Fachkräftepolitik, die zur Gleichstellung von Frauen und Männern beiträgt und strebt insbesondere eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen an. Dazu beisteuern sollen auch die bereits beschlossene Weiterentwicklung der Familienbesteuerung sowie die Verringerung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern.



Mit dieser Fachkräftestrategie wird die Bundesregierung die Ausbildung stärken, die Weiterbildungskultur und das moderne Einwanderungsrecht weiterentwickeln und mehr Einwanderung von Fachkräften ermöglichen.

Mit einer Ausbildungsgarantie soll schließlich allen Jugendlichen ein Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht werden.



[Hier die Fachkräftestrategie der Bundesregierung lesen.](#)



Wirtschaft

Start-up-Strategie der Bundesregierung

Start-ups sind Ideengebende und treiben Innovationen voran. Sie entwickeln neue Märkte, fordern etablierte Unternehmen heraus und beleben den Wettbewerb. Immer mehr Start-ups haben auch eine besondere gesellschaftliche Relevanz: Fast ein Drittel leistet durch Innovationen im Bereich Klima- und Umweltschutz einen signifikanten Beitrag zur nachhaltigen Transformation der deutschen Wirtschaft. Zuletzt bewerteten zwei Drittel der Gründer*innen in Deutschland ihren Standort als gut oder sehr gut und es wurde so viel Wagniskapital investiert, wie noch nie zuvor.

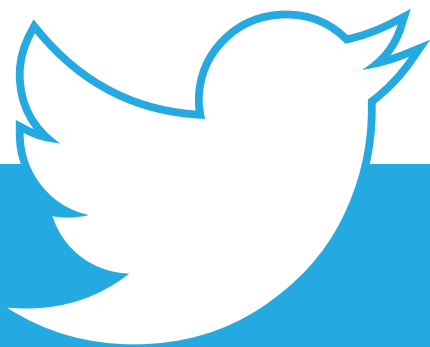
Um die Bedingungen für Gründer*innen hierzulande weiter zu verbessern, hat die Bundesregierung eine Start-up-Strategie mit zehn Handlungsfeldern auf den Weg gebracht, die in dieser Woche im Bundestag beraten wurde.

Bis 2030 stellt die Bundesregierung dazu für Start-ups in ihrer Wachstumsphase zehn Milliarden Euro bei der KfW bereit. Zusammen mit privaten Investor*innen will sie in diesem Zeitraum zudem 30 Milliarden Euro an privatem und öffentlichem Kapital für den Wagniskapital-Standort Deutschland mobilisieren. Diese Mittel sollen in wichtige Innovations- und Transformationsbereiche fließen, insbesondere Künstliche Intelligenz (KI), Wasserstoff, Medizin, nach-

haltige Mobilität, Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft.

Durch weitere Maßnahmen werden Gründungen einfacher und digitaler, Ausgründungen aus der Wissenschaft erleichtert und Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte Start-ups verbessert. Deutschland soll zudem der „Europe Startup Nations Alliance“ zeitnah beitreten und auch in diesem Rahmen daran mitarbeiten, Europa zu einem attraktiven Start-up-Kontinent zu machen.

Die in der Start-up-Strategie gebündelten Maßnahmen sind im aktuellen Haushalt abgebildet und sollen innerhalb der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

- fb.com/TimonGremmels
- instagram.com/gremmels
- twitter.com/Timon_Gremmels
- linkedin.com/in/timon-gremmels



Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland weiter fördern

Sich überlappende Krisen wie der Klimawandel, das Artensterben oder die globale Ernährungsunsicherheit stellen die internationale Staatengemeinschaft zunehmend vor große Herausforderungen. Zugleich bleiben nur noch wenige Jahre, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu erreichen.



[Hier den ganzen Grundsatzbeschluss 2022 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – 30.11.2022 lesen.](#)

Umweltauswirkungen von Kunststoffen verringern

Ob in Verpackungen, Textilien oder Maschinen: Kunststoffe werden in der Gesellschaft und Wirtschaft vielfältig angewendet. Immer häufiger kommen sie jedoch in kurzlebigen Produkten zum Einsatz, die häufig nicht wiederverwendet und unsachgemäß entsorgt werden. Mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt: Kunststoffe machen rund drei Viertel der weltweiten Meeresverschmutzung aus.

Die Bundesregierung brachte deshalb in dieser Woche einen weiteren **Gesetzentwurf zur Umsetzung der im Juni 2019 auf EU-Ebene beschlossenen Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt** in den Bundestag ein.

Mit diesem Gesetz wird die Verantwortung der Herstellenden für bestimmte Kunststoffprodukte erweitert. Darunter fallen Zigarettenfilter, Getränkebecher sowie Verpackungen von Lebensmitteln zum Sofortverzehr, die typischerweise auf Plätzen, Gehwegen oder Parks als Abfall landen.

Zentrales Element des Entwurfs ist die Einrichtung eines Einwegkunststofffonds beim Umweltbundesamt, in den Kunststoffhersteller eine Einwegkunststoffabgabe einzahlen. Mit dieser Abgabe werden Sammlung und Entsorgung der aus den Produkten entstehenden Abfälle im öffentlichen Raum finanziert, die bislang von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Höhe der Abgabe orientiert sich an der auf dem Markt bereitgestellten oder verkauften Menge an Einwegkunststoffprodukten. Die Höhe der auszahlenden Fondsmittel an Kommunen wiederum richtet sich nach den erstattungsfähigen Leistungen.

Des Weiteren wird eine **Einwegkunststoffkommission** eingerichtet. Sie besteht aus Vertreter*innen der Herstellenden und Anspruchsberechtigten, der privaten Entsorgungswirtschaft sowie der Umwelt- und Verbraucherverbände und hat eine beratende Funktion.

Nachhaltigkeit ist aber ein zentraler Baustein, damit die Transformation unserer Gesellschaft gelingt. Um Deutschland auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen, hat die Bundesregierung deshalb vor mehr als 20 Jahren die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) beschlossen, die seitdem immer wieder angepasst wird.

In dieser Woche berieten wir einen Grundsatzbeschluss der Bundesregierung, mit dem die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aktualisiert und um zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag ergänzt wird. Mit dem Beschluss wird die Federführung für nachhaltige Entwicklung innerhalb der Bundesregierung dem Bundeskanzleramt übertragen.

Verantwortlich ist Staatsministerin Sarah Ryglewski, die auch den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung leitet. Der Beschluss sieht des Weiteren die Schaffung von sieben ressort- und behördenübergreifenden Transformationsteams vor, welche die Beschlüsse des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung vorbereiten und die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen begleiten.



KURZ

NOTIERT

1 Menschenrechte stärken – in Deutschland und weltweit!

In diesem Jahr begehen wir das 75. Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Aktuell zeigen das Massaker von Butscha in der Ukraine, die Proteste im Iran oder die Situation von Frauen in Afghanistan, dass an vielen Orten auf der Erde immer noch massiv gegen Menschenrechte verstoßen wird. Umso mehr gilt, weiterhin auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und sich weltweit für Menschenrechte stark einzusetzen.

Alle zwei Jahre legt die Bundesregierung deshalb einen Bericht über ihre Menschenrechtspolitik vor. Der diesjährige Bericht, über den der Bundestag in dieser Woche beriet, deckt den Zeitraum vom 1. Oktober 2020 bis zum 30. September 2022 ab. Er adressiert unter anderem die Prioritäten des Menschenrechtsengagements der Bundesregierung für 2023 und 2024, die Lage und Umsetzung der Menschenrechtsarbeit in Deutschland, das Engagement der Bundesregierung für Menschenrechte in der Außen- und Entwicklungszusammenarbeit und erläutert die Menschenrechtslage in ausgewählten Ländern sowie die dortige Tätigkeit Deutschlands. Der Bericht wirft zudem ein Schlaglicht auf die Themen „Menschenrechte und Digitalisierung“, „Klimawandel und Menschenrechte“ und „Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs“.

2 Völkermord an den Êzîd*innen anerkennen

Dem Terrorregime des so genannten Islamischen Staates (IS) sind bereits viele Menschen in Irak und Syrien zum Opfer gefallen. Darunter auch zahlreiche Angehörige der Gemeinschaft der Êzîd*innen. Mehr als 5.000 von ihnen wurden insbesondere 2014 bei einem Angriff des IS auf ihre Siedlungsgebiete im Norden des Irak ermordet. Auch durch die Verschleppung,

Versklavung und Vergewaltigung vor allem von Frauen verfolgt der IS das Ziel, die êzîdische Gemeinschaft über Generationen hinweg auszulöschen.

Vor diesem Hintergrund bringen die Koalitionsfraktionen sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche einen gemeinsamen Antrag in den Bundestag ein. Fortan werden die Verbrechen des IS von 2014 gegen die Êzîd*innen als Völkermord anerkannt. Um eine gründliche politische und juristische Aufarbeitung sicherzustellen, soll laut Antrag die Zusammenarbeit auf internationale Ebene mit dem Irak gestärkt sowie die Beweiserhebung in Irak gefördert werden. Um IS-Angehörige leichter vor Gericht bringen zu können, fordern die Antragsteller überdies die Schaffung einer gesonderten Rechtshilfeeinheit.

3 60 Jahre deutsch-französischer Freundschafts- vertrag – Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in Paris den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ – den Élysée-Vertrag. Es war ein Tag der Versöhnung und ein Tag des Aufbruchs in eine neue Ära der deutsch-französischen Beziehungen.

Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist einzigartig, aber nicht selbstverständlich. Sie ist ein Schatz, den es zu pflegen gilt. Wir alle stehen in der Pflicht und in

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



KURZ

NOTIERT

>>> Fortsetzung

der Verantwortung, dieses Erbe zu bewahren. Dabei bleibt die deutsch-französische Freundschaft auch ein essenzieller Bestandteil der europäischen Einigung. Gemeinsam mit Frankreich setzen wir uns für eine demokratisch gefestigte, handlungsfähige und strategisch souveräne EU ein.

Am Donnerstag würdigten wir die deutsch-französische Freundschaft mit einer Vereinbarten Debatte im Deutschen Bundestag. Am Sonntag, den 22. Januar 2023, findet ein Festakt mit Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sorbonne-Universität in Paris statt. Abgeordnete der Assemblée nationale und des Deutschen Bundestags kommen unter der Leitung ihrer Präsidentinnen Yaël Braun-Pivet und Bärbel Bas zusammen, um eine gemeinsame Erklärung zu beschließen.

4 Mehr Rechtssicherheit bei der Umwandlung von Unternehmen

In dieser Woche berieten wir abschließend den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie über grenzüberschreitende Umwandlungen von Unternehmen. Für grenzüberschreitende Verschmelzungen, Spaltungen und Formwechsel von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung führen wir ein kohärentes Rechtssystem ein, das den unionsrechtlichen Vorgaben entspricht.

Die Rechte der Minderheitsgesellschafter werden vereinheitlicht. So steht das Spruchverfahren, bei dem Minderheitsaktionäre etwa die Höhe von Ausgleichs- und Abfindungszahlungen vor Gericht überprüfen lassen können, künftig allen Minderheitsgesellschaftern zur Verfügung. Ebenfalls wird ein rechtssicheres und europaweit kompatibles Verfahren eingeführt, bei dem die beteiligten Handelsregister digital miteinander kommunizieren.

Für uns ist besonders wichtig, dass durch die Umsetzung der Richtlinie die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmenden gewahrt bleiben. Deshalb haben wir die Prüfung, ob eine Umwandlung aus missbräuchlichen Gründen praktiziert wird, in den Fokus gerückt: Registergerichte müssen künftig einen Umwandlungsprozess tiefgehend prüfen, wenn bestimmte Merkmale vorliegen. Dazu können sie auch Gewerkschaften anhören. Zudem haben wir durchgesetzt, dass Arbeitnehmende bei grenzüberschreitenden Umwandlungen ihres Unternehmens von ihrem Arbeitgeber frühzeitig und umfassend informiert werden, um ihre Rechte effektiv wahrnehmen zu können.

Fördergelder für den Wahlkreis

Gemeinde Ahnatal erhält Förderung in Höhe von 960.000 Euro

Große Unterstützung für die Gemeinde Ahnatal: Die städtebauliche Erneuerungsmaßnahme „Ortskern Heckershausen, Ortskern Weimar“ wird im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms 2022 „Lebendige Zentren“ des Bundes und des Landes Hessen mit insgesamt 960.000,00 Euro gefördert. Die darin enthaltene Finanzhilfe des Bundes beträgt 480.000,00 Euro.

Bereits im Jahr 2020 wurde Ahnatal in das Förderprogramm „Lebendige Zentren“ aufgenommen. „Unser Ziel ist es, die historischen Ortskerne zu erhalten und aufzuwerten. Die Sanierung historischer Gebäude spielt dabei eine wichtige Rolle. Weiterhin werden die Ortszentren attraktiv gestaltet. Dabei sollen Straßenzüge und Gehwege für Fußgänger*innen und Radfahrende barrierefrei gestaltet und Grünflächen aufgewertet werden“, so Stephan Hänes (SPD), Bürgermeister von Ahnatal.

Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich auf 1.440.000,00 Euro, der Eigenanteil für Ahnatal beträgt damit 480.000,00 Euro.

„Aufgrund der weit über tausendjährigen Geschichte der Gemeinde sind die historischen Ortskerne Heckershausen und Weimar besonders erhaltenswert und durch das Programm kann die Erhaltung mit Klimaschutz verbunden werden. Alt und modern schließen sich dabei nicht aus“, erklärt Florian Schneider, der SPD-Landtagsabgeordnete für Kassel-Land II. „Mit der Förderung wird die Kommune entlastet und trägt dazu bei, dass sich Ahnatal durch die Aufwertung der Grünflächen gut in das Bild am Rande des Habichtswald eingliedert“, so Schneider weiter.

Ich als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kassel (168) finde es schön, zu sehen, wie Bund und Länder im Rahmen dieses Programms Hand in Hand zum Erhalt der schützenswerten Ortskerne beitragen.



Gemeinsam mit dem Bürgermeister von Ahnatal Stephan Hänes und Florian Schneider, MdL

Neben dem Erhalt und der Aufwertung sind durch das Programm auch Maßnahmen im Bereich der Klimaanpassung geplant. Diese Maßnahmen sind in Zeiten des Klimawandels von großer Bedeutung und werden hier in Nordhessen vorbildlich vorgelebt.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin
Diesen Freitag habe ich die Internationale Grüne Woche (eine der international wichtigsten Messen für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau) in Berlin besucht – und mich dort mit vielen der Ausstellenden aus Hessen ausgetauscht und unterhalten – und das Grüne-Soße-Eis aus Gudensberg probiert!



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Fotos © IRENA



Beim IRENA-Kongress in Abu Dhabi

Als einziger deutscher Parlamentarier vertrat ich den Deutschen Bundestag auf der IRENA-Konferenz in Abu Dhabi. Auf der internationalen Konferenz für erneuerbare Energien ging es in diesem Jahr schwerpunktmäßig um grünen Wasserstoff. Auf dem Podium durfte ich über den Stand der Energiewende in Deutschland und über die Fortschritte durch die Ampel-Koalition berichten.



Beim Neujahrsempfang der SPD Kassel-Land Gut aufgestellt geht's mit den beiden Landtagsabgeordneten Oliver Ulloth (rechts im Bild) und Florian Schneider (links im Bild) ins Landtagswahljahr. Der Gastredner des Abends war der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies. Er zeigte, wie sozialdemokratische Energie- und Wirtschaftspolitik geht!

Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels